

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 182 (2016)

Heft: 12

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Produktionsende für den Eurofighter?

Zwanzig Jahre nach dem Erstflug des europäischen Prestige-Projekt Eurofighter TYPHOON könnte nach 2018 mit der Fertigung in Deutschland Schluss sein. Immer weniger Luftwaffen fragen den Deltaflügler nach. Zuletzt verkaufte Italien noch 28 Stück für acht Mia. Euro nach Kuwait, diese Produktion tangiert die deutschen Werke aber praktisch nicht. Das gleiche gilt laut Airbus für Spanien. Langfristig würden die Produktions-



Eurofighter-Fertigung in Manching, Deutschland.

Bild: EADS

standorte Italien und Grossbritannien erhalten bleiben. Letzterer jedoch nur, wenn Sau-

di Arabien weiterhin auf den TYPHOON setzt. Experten sprechen deshalb vom Schei-

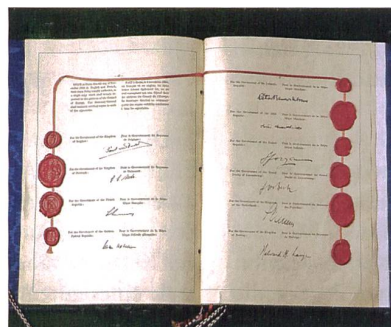
tern des gesamteuropäischen Kampfflugzeugs. Gründe dafür finden sich viele. Bereits die Herstellerländer kommen ihren ursprünglich gemachten Verpflichtungen nicht nach und liessen weniger Jets als bestellt ausliefern. Gleichzeitig gibt es mit der französischen Rafale und dem schwedischen Gripen genügend Binnenmarkt-Konkurrenz. Deutschland wollte ursprünglich 250 Exemplare bestellen, hat den Auftrag seither auf 143 Flieger angepasst, davon sind aktuell 20 noch nicht ausgeliefert.

Vereinigtes Königreich

Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention

Premierministerin und Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs erklärten, dass sie beabsichtigen, die Europäische Menschenrechtskonvention nicht mehr für ihre Streitkräfte anzuwenden. Sie warnen davor, dass die EMRK

in zukünftigen Konflikten grosse Nachteile für die eigene Truppe mit sich bringt und – so eine Regierungsmitteilung – die operationellen Erfolge der Streitkräfte einschränkt und damit gefährdet. Die Ankündigung ergibt sich aus negativen Erfahrungen, welche Grossbritannien in den Kampagnen in Afghanistan und im Irak gemacht hat. Kurz, die Klagen



EMRK von 1959.

Bild: Europarat

nach diesen Einsätzen hätten ein «industrielles Ausmass» erreicht und kosteten den Steuerzahler Millionen. Von der Kündigung nicht betroffen wären das Kriegsvölkerrecht und die vier Genfer Konventionen von 1949, sowie nationales Militär- und Strafrecht.

Schweden

Gotland wieder permanent besetzt

Der schwedische Oberbefehlshaber, General Micael Byden spricht Klartext. Wegen

der aktuellen sicherheitspolitischen Lage sieht er sich gezwungen, bereits ein knappes Jahr vor dem eigentlichen Plan, permanent eine Kampfgruppe auf Gotland zu belassen. Die

etwas über 3000 km² grosse Insel in der Ostsee war bis 2005 für hunderte von Jahren Heimat einer schwedischen Garnison. 2015 wurde entschieden, da sich das Königreich zunehmend mit Aggressionen seitens des russischen Militärs konfrontiert sah, die Insel ab Ende 2017 wiederzubesetzen. Denn im Falle eines Krieges würde Russland aus dem 350 km entfernten Kaliningrad zuerst auf Gotland landen, um danach mittels Luft- und Schiffsabwehr die Ostsee zu kontrollieren. Basierend auf einem Bericht der Königlich Schwedischen Akademie für Militärwissenschaften, welchen Karlis Neretnieks, ehemaliger Kom-

mandeur der Garnison Gotland mitverfasste, wurde der Entscheid nun vorgezogen. Schweden glaubt tatsächlich an das Invasionszenario. Deshalb bleiben seit September 150 Soldaten der Skaraborgbrigade bis auf weiteres auf Gotland stationiert. Dass diese einem möglichen Invasor wenig entgegenbringen können, ist auch schwedischen Militärs klar. Es wird davon ausgegangen, dass Russland die Insel innert eines Tages mit ca. 3400 Soldaten auf konventionelle Art einnehmen würde. Aus diesem Grund gibt es in schwedischen Offizierskreisen auch genügend kritische Stimmen, welche die (Wieder-)Befesti-



Patrouille auf Gotland.

Bild: forsvarsmakten.se

gung von Gotland ablehnen und es nicht «zum Danzig der Neuzeit machen wollen». Experten warnen sogar davor, die ohnehin spärlich zur Verfü-

gung stehenden schwedischen Kriegsmittel auf die Karte «Gotland» zu setzen. Denn dies sei letztendlich genau das, was Russland wolle.

Niederlande



Apache über dem Niger-Fluss in Mali.

Bild: Defensie.nl

Helikopterabzug aus Mali

Die holländische Regierung gab bekannt, dass sie auch 2017 die Friedensmission in Mali (MINUSMA) unterstützen möchte. Dort dienen Blauhelme in der derzeit gefährlichsten UN-Mission, mit den aktuell höchsten Opferzahlen. Nun präzisierte Holland, wie bereits im Juli angekündigt, dass es dennoch seine gesamte Helikopterflotte zurückziehen wird. Dabei handelt es sich um drei Transporthelikopter des Typ CHINOOK und weitere vier AH 64D APACHE Kampfhelikopter. Erstere werden derzeit fast ausschliesslich zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung/Evakuierung der UN-Truppen benötigt. Hingegen unterstehen die APACHE direkt dem Force Commander, dem dänischen Generalmajor Michael Løllesgaard. Er kann damit Aufklärung und Begleit-/Konvoischutz sicherstellen, Show of Force betreiben und nötigenfalls auch Feuerunterstützung anordnen. Für Løllesgaard keine einfache Aufgabe. Der General weiss, dass die wichtigste Aufgabe für ihn die Sicherheit der Soldaten ist. Allein bis September wurden in diesem Jahr

25 seiner Blauhelme durch direkte Angriffe getötet. Er bleibt aber realistisch und meint, allem voran benötigt es eine lokale, regionale und internationale politische Lösung, welche dem Land eine friedliche Zukunft bieten kann. Da reicht auch sein starkes Mandat, welches er vom UN-Sicherheitsrat erhalten hat nicht aus: ihm ist erlaubt, wenn nötig auch Präventivschläge zu befehlen. Diese mit dem niederländischen Teilabzug entstehende Fähigkeitslücke zu schliessen, wird keine einfache Sache sein. Insbesondere, da es normalerweise Monate dauert, um einen solchen komplexen Einsatz aufzustellen. Einer der Hauptprofiteure des luftmobilen Begleitschutzes ist derzeit das deutsche Kontingent der MINUSMA. Entsprechend erschien die niederländische Ankündigung gut platziert. Sie erfolgte nur wenige Tage vor dem Truppenbesuch der deutschen Bundeskanzlerin beim eigenen 520 Mann starken Kontingent im nordostmalischen Gao und zeigte offenbar Wirkung. Deutschland will ab Februar 2017 zunächst für ein Jahr drei TIGER Kampf- und drei NH-90 Sanitätshelikopter in Mali stationieren.

Libyen

Libyen – Vereinigte Arabische Emirate bauen Airbase

In den Kriegswirren um die innerlibyische Vormachtstellung mischen nun auch die Vereinigten Arabischen Emirate an vorderster Front mit. Drohnen und Kampfflugzeuge unterstützen offiziell den Kampf desjenigen Teils der so genannten Nationalen Libyschen Armee, welcher unter der Führung des libyschen Feldmarschalls Chalifa Haftar stehen. Lange Zeit war nicht klar, wer Urheber diverser Luftschläge war, denn die USA beschränken sich mittlerweile nur noch auf «high-value» Ziele. Doch Ägypten, die Türkei, Qatar und einige europäische Armeen mischen auch mit. Neustes Satellitenmaterial lässt aber keine Zweifel mehr offen: die VAE unterstützen aktiv den Kampf Haftars gegen islamistische Extremisten, stellen sich dabei aber gegen die von den Vereinten Nationen befürwortete libysche Einheitsregierung. Bemerkenswert ist die Art der Kriegsführung. So werden die von den Emiraten im Jemen gemachten Erfahrungen nun auch in Nordafrika angewendet. Der Kampf wird mittels

gezielten, durch Drohnen-aufklärung (chinesische Wing Loong UAV) unterstützte Angriffe von Spezialflugzeugen des Typ ARCHANGEL, aber auch durch Sonderoperationskräfte und Verbündete am Boden geführt. Die ISR-fähige ARCHANGEL, für den Grenzschutz konzipiert, entwickelt sich zusehends zur Multifunktionsmaschine in der Aufstandsbekämpfung. Und so zeigt die Situation in Libyen auf eindrückliche Art und Weise zwei Dinge: Erstens, dass in einem Konflikt mit (zu) vielen verschiedenen Interessensvertretern und unklaren Allianzverhältnissen kein abseh-



AT-802U Air Traktor ARCHANGEL an der Dubai Airshow.

barer Frieden eintreten kann. Zweitens, selbst hochgerüstete und etablierte Streitkräfte können sich nur durch neue Taktiken und Einsatzverfahren im Verbund mit unkonventioneller Kriegsführung behaupten.

Russland

Cyber-Bedrohung mit Konsequenzen

Die russischen Streitkräfte erneuerten bis vor kurzem ihr Datennetzwerk. Das neue, in sich geschlossene System gründet noch auf Bestrebungen aus der Sowjetzeit, wurde aber erst jetzt fertiggestellt. Es gilt, dank X.25-Protokoll, als besonders zuverlässig und universell einsetzbar. Die gesamte Telekominfrastruktur basiert auf gepackten Datennetzen von Rostelecom, dem grössten russischen Anbieter, und militärischen

Netzwerken. Besonders sicher ist es, weil das gesamte System eigenständig betrieben wird und nicht-zertifizierte Hardware gar nicht erst angeschlossen werden kann. Selbst «streng geheim» klassifizierte Dokumente können jetzt verschlüsselt elektronisch verschickt werden. Dabei käme es laut russischen Telekomexperten nicht so sehr auf die Geschwindigkeit, sondern vielmehr auf die Verlässlichkeit des Systems an, und da es keinerlei Schnittstellen zum Internet gibt, könne es auch nicht gehackt werden.

Philippinen – USA

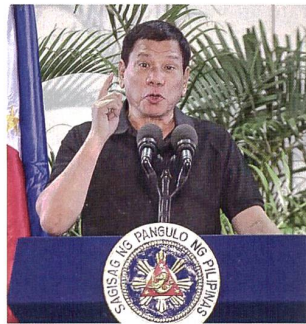
Weiss Duterte, was er will?

Staatsbesuch in China. Duterte sagt, er wolle mit den USA brechen. Zurück in Manila relativiert er seine Äusserung. Staatsbesuch in Japan. Duterte sagt, US-amerikanischen Truppen müssen aus den Philippinen raus. Sein Aussenminister beschwichtigt. Wie stabil ist Duterte?

Experten erklären: Der philippinische Staatspräsident handelt jedenfalls oft impulsiv und ist offensichtlich wegen der harschen US-Kritik an seiner brutalen Anti-Drogen-Politik beleidigt. Gleichzeitig scheint seine Annäherung an China doch auch Teil einer Strategie zu sein, die die Philippinen längerfristig näher an Peking heranrückt und zu den USA distanziert. Fraglich ist aber, wie weit er dabei gehen will und ob er sich darüber selbst schon im Klaren ist.

Denn die USA betonen, dass sie auf diplomatischen Kanälen noch nichts von ir-

gendeiner Aufkündigung der Allianz vonseiten der Philippinen erfahren hätten. Auch philippinische Militärs beteuerten, dass sie noch nichts Konkretes erfahren hätten, welche gemeinsamen Übungen und



Philippinischer Präsident Rodrigo Duterte. Bild: AFP

Kooperationen nun gestoppt werden sollen. Das jährliche Treffen zwischen hochrangigen Militärs beider Länder wurde von 24. Oktober auf 24. November verschoben, weil die philippinischen Vertreter die US-Wahlen abwarten wollen.

Der Kurs Dutertes dürfte beim philippinischen Militär

auf nicht allzu viel Gegenliebe stossen. Denn dieses gilt als US-freundlich, ausserdem bestehen durch die gemeinsamen Übungen auch jahrelange Kontakte auf höchster Ebene.

Überhaupt geht Duterte ein innenpolitisches Risiko ein. Zwar spricht er mit seinem Ruf nach mehr Eigenständigkeit patriotische Gefühle an, demonstrieren immer wieder Aktivisten gegen die US-Militärpräsenz im Land. Doch gleichzeitig hat kein anderes südostasiatisches Land eine so enge Bindung zu den Vereinigten Staaten wie die ehemalige US-Kolonie. So schickt etwa die Elite ihre Kinder noch immer zur Ausbildung in die USA.

Mit seinem Vorgehen sorgt Duterte jedenfalls in der gesamten Region für Unruhe, denn er könnte die Kräfteverhältnisse im Match zwischen China und den USA verschieben. Die USA versuchen, Chinas Erstarren durch Bündnisse einzudämmen. Von Japan und Südkorea etwa sind sie die

Schutzmacht, oder auch mit Vietnam pflegen sie ein immer engeres Verhältnis. Wenn nun die Philippinen zusehends aus dem US-Block ausscheren und sich immer mehr China zuwenden, dann unterstreicht das noch einmal das Erstarren der Volksrepublik. Und sorgt wohl in anderen Ländern, die mit China Gebietsstreitigkeiten haben – wie etwa Japan –, für zusätzliche Nervosität.

Welchen Kurs Duterte in Zukunft auch einschlagen mag, ein Versprechen hat er bereits gegeben: Er will nicht mehr fluchen. Denn Gott persönlich habe ihn während seines Rückfluges aus Japan aufgefordert, seine Schimpfereien einzustellen, sonst würde das Flugzeug abstürzen, erklärte Duterte vor philippinischen Journalisten. Diesem Befehl von oben habe er sich gebeugt. Allerdings, so deutete Duterte an, mit einer kleinen Einschränkung: Wenn es um die USA oder den Westen gehe, könnten gewisse Umstände ihn des Versprechens entheben.

Philippinen

Freundschaft mit China

Manila und Washington sind Partner in einer Verteidigungsallianz. Aber die Beziehung hat in den letzten Wochen mehrere Tiefpunkte erreicht. Einerseits kritisierte die US-Regierung den harten Kurs des neuen philippinischen Präsidenten gegen Drogen. Andererseits beschimpfte Präsident Duterte die Vereinigten Staaten und US-Präsident Obama. Duterte machte auch deutlich, er wolle sich China annähern.

Denn von China hat Duterte keine Kritik an seinem Kampf gegen Drogen und Kritik zu befürchten. China mischt sich nicht in «innere Angelegenheiten» anderer Staa-

ten ein. Und Dutertes derbe Ausfälle gegenüber den USA dürften Musik in den Ohren der chinesischen Machthaber sein. Denn für Peking, das den USA die Vormachtstellung im pazifischen Raum streitig macht, ergibt sich nun die Chance, Washington einen wichtigen und bisher äusserst loyalen Verbündeten abspensig zu machen.

So wurde Duterte bei einem Staatsbesuch in Peking kürzlich mit herausragender Zu-vorkommenheit behandelt. Und der 71-Jährige verkündete dann auch gleich die «Trennung» seines Landes von den USA. Kurz darauf war er um Schadensbegrenzung bemüht: Freilich werde man weiter diplomatische Beziehungen zu

Washington unterhalten, sagte Duterte nach seiner Rückkehr.

Auch bei seinem Besuch in Japan holte Duterte – ausgerechnet, als er bei einem der engsten US-Verbündeten zu Gast war – kürzlich erneut zu einem Schlag gegen die Vereinigten Staaten aus: Die USA «denken, sie sind sonst wer», wetterte Duterte. Sie sollten aufhören, sein Land «wie einen Hund an der Leine zu führen». Deutlich wurde Duterte auch, was die Präsenz der US-Truppen in seinem Land betrifft. Diese nutzen über Kooperationsverträge philippinische Militärbasen. «Ich will sie raus haben», verkündete er. Aber auch hier kam gleich wieder die Relativierung. Duterte werde die

US-Soldaten nicht aus dem Land werfen, sagte sein Aussenminister Perfecto Yasay.

Duterte – dem auch ein Naheverhältnis zu China-freundlichen Geschäftsleuten nachgesagt wird – hat gute Gründe, sich China anzunähern. Denn die Philippinen mussten einen hohen Preis für ihre bisherige US-freundliche Haltung zahlen. China war äusserst zurückhaltend mit seinen Investitionen auf dem Inselstaat, die Regierung in Peking rief sogar chinesische Touristen auf, die Philippinen zu meiden.

Zudem hinderte Chinas Marine philippinische Fischer daran, in ihren traditionellen Gewässern im Südchinesischen Meer zu fischen. Nun lockt Peking mit einer stärker-

ren Öffnung seines Marktes für philippinische Produkte, mit billigen Krediten, mit Kooperationen bei Infrastrukturprojekten. Und auch die phi-

lippinischen Fischer liess das chinesische Militär zum ersten Mal wieder passieren.

Allerdings ist dies eine Geste, die Peking jederzeit zurück-

nehmen kann, ohne dass die Philippinen viel unternehmen können. Sie sind China nämlich militärisch heillos unterlegen. Deshalb warnen auch

viele Kommentatoren in Manila, dass Duterte es sich gut überlegen sollte, wie sehr er die Schutzmacht USA verprellen will.

Kambodscha

In Kambodscha ist journalistische Arbeit lebensgefährlich geworden. Mit Hilfe von Gummiparagrafen kann der Staat beinahe jede Form der unliebsamen Berichterstattung zu einer Straftat erklären.

So wird die Presse bereits im Vorfeld eingeschüchtert und zur «freiwilligen» Selbstzensur gezwungen. Wer dennoch berichtet, dass illegal Holz geschlagen wird, Polizisten Gewalt ausüben oder historische Gebäude abgerissen werden sollen – der muss mit dem Tode rechnen.

Laut Reporter ohne Grenzen liegt Kambodscha beim Index für Pressefreiheit derzeit auf Platz 128 von 180. Doch der tiefste Punkt scheint noch nicht erreicht. Kambodscha befindet sich an einem kritischen Wendepunkt, so das Urteil der UN-Sonderbeauftragten für Kambodscha, Rhona Smith. Die bürgerlichen Freiheiten werden mehr und mehr eingeschränkt. Das spiegelt sich auch in den repressiven Gesetzen zu Nichtregierungsorganisationen wider, die jüngst verabschiedet wurden. Und das hat auch Auswirkungen auf die Presse- und Meinungsfreiheit.

Zwar bestätigt die kambodschanische Verfassung Presse- und Meinungsfreiheit in Artikel 41, und Kambodscha hat alle gängigen internationalen Menschenrechtsabkommen unterzeichnet. Doch die Rechtswirklichkeit ist eine andere. Das Pressegesetz von 1995 untersagt Berichterstattung, die die politische Stabilität gefährden kann. Darüber hinaus stellt das kambodschanische Strafrecht Diffamierung öffentlicher Institutionen (Artikel 305), Beleidigung (Arti-

kel 311) und bösartige Verleumdung (Artikel 311) unter Strafe, ohne diese Straftatbestände näher zu definieren.

In Kambodschas notorisch korruptem und politisch gelenktem Justizwesen sind solche Gummiparagrafen geeignete Instrumente, um die Presse einzuschüchtern und zur Selbstzensur zu zwingen. Besonders der Straftatbestand der Kritik an Gerichtsurteilen (Artikel 523) stellt ein Damoklesschwert für unabhängige Berichterstattung dar und untergräbt die Presse- und Meinungsfreiheit.

Kambodschas Presse- und Medienlandschaft vollzieht derzeit einen deutlichen Wandel von den etablierten Medien zu neuen Formen der Berichterstattung. Inzwischen hat auch die kambodschanische Regierung realisiert, dass vor allem die junge Bevölkerung weder die gleichgeschaltete Presse noch das Regierungsfernsehen konsumiert, sondern auf die unabhängige Berichterstattung der sozialen Medien zurückgreift.

Besonders seit der Einführung des Khmer-Alphabets für Smartphones ist der Zugang zu unabhängiger Berichterstattung für breite Teile der Bevölkerung möglich geworden. Darauf will die Regierung nun reagieren und ein Gesetz verabschieden. Offiziell soll es den Terrorismus bekämpfen. Doch es steht viel eher zu befürchten, dass damit kritische Stimmen im Internet zum Schweigen gebracht werden sollen. Denn bereits ohne das geplante Gesetz wurden in der Vergangenheit immer wieder Facebook-Aktivistinnen dazu gezwungen, kritische Posts über Korruption oder Polizeiwirklichkeit zu löschen.

Bangladesh

Islamischer Staat im muslimischen Staat

Der «Islamische Staat» macht kein Geheimnis daraus, was er in Bangladesh erreichen will. Die Regierung schaut trotzdem weg.

Die Fotos der Täter wurden vom «Islamischen Staat» (IS) nur wenige Stunden nach dem Blutbad im Café Holey Artisan Bakery in Dhaka veröf-



Geschäftsviertel in Dhaka, der Hauptstadt Bangladeschs.

Bild: Wikipedia

fentlich: fünf junge Männer, die Waffen halten und strahlend in die Kamera lächeln. Es handelt sich um die Attentäter, die Anfang Juli 20 Menschen aus Bangladesh und anderen Ländern töteten, weil sie nicht muslimisch genug aussahen oder klangen.

In Bangladesh ist der eigenartige Fall zu beobachten, dass eine Terrorgruppe ihre Pläne in Zeitschriften offen verkündet, während die Regierung sich weigert, die Existenz dieser Terrorgruppe anzuerkennen, und stattdessen weiterhin den Oppositionsparteien vorwirft, hinter Terroranschlägen zu stecken. Die Absurdität dieser Situation wurde in einem Artikel des Magazin Dabiq – dem Hauptmedium des IS in englischer Sprache – auf den Punkt gebracht: «Die (abtrünnige)

bengalische Regierung wird bald begreifen, wenn Allah es so will, dass die unverschämte Leugnung der Fakten und die kindischen Schuldzuweisungen an die (abtrünnige) Opposition ihr nichts nützen werden, denn der Islamische Staat ist gekommen, um zu bleiben.»

Während der Jihad in Bangladesh vordergründig gegen den säkularen Staat (taghut) gerichtet ist, macht der IS kein Geheimnis daraus, dass seine «Krieger» drei Zielgruppen im Land haben: Ausländer, nicht sunnitische Muslime, wie die Schiiten und Ahmadiyya-Muslime, sowie Hindus und Buddhisten. Während meistens die ausländischen Opfer des IS in die Schlagzeilen kommen, gehören Hindus und Buddhisten zu den häufigsten Zielen der Anschläge. Aber auch die Kultstätten der Schiiten und Ahmadiyya-Muslimen werden immer häufiger attackiert.

Die Regierung von Bangladesh hat bisher weder eine Doktrin entwickelt, wie die IS-Aktivitäten zu kontern sind, noch dafür Mittel disponiert. Beobachter rechnen damit, dass auf ein Signal aus Indien gewartet wird. Doch diese Taktik könnte Gefahren bergen. Wenn das muslimische Dhaka zu offensichtlich mit dem hinduistischen Delhi kooperiert, macht es sich noch stärker zum Ziel des IS.

Pascal Kohler,
Henriette Schneider